

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau, Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank: Bad Schandau 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postcheckkonto: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbjährlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Börsen und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Lageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingießhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Bichtenhain, Wittelsdorf, Ditzau, Borßdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtswitz, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischschäre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele  
Verantwortlich: K. Kohnlapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Zeile 15 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 20 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Nichterscheinens einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streit, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 10

Bad Schandau, Donnerstag, den 13. Januar 1927

71. Jahrg.

## Für eilige Leser.

\* Nach einer Meldung aus Kapstadt ist der deutsche Kreuzer „Emden“ als erstes deutsches Kriegsschiff nach dem Kriege in der Tafelbuch vor Anker gegangen.

\* Auf der Baustelle der deutsch-rumänischen Petroleumgesellschaft in Berlin-Rummelsburg verunglückte am Mittwoch nachmittags zwei Personen tödlich und ein Feuerwehrmann lebensgefährlich.

\* Wie aus Moskau gemeldet wird, ist das Verbot der Einreise von geistlichen Personen nach der Sowjetunion in Kraft getreten. Die Sowjetregierung hat die Einreise dem englischen Pfarrer Garrison und dem französischen Prälaten D'Erbinie verweigert.

\* Vor dem Kabinettsrat erstattete Chamberlain ausführlichen Bericht über die Lage in China. Beschlüsse dürften jedoch kaum vor Eingang des Berichtes des britischen Gesandten über das Ergebnis der Besprechungen in Hantau gefaßt werden.

\* Bei einem Wohnhausbrand in Birmingham kamen eine Frau und 4 Kinder ums Leben. 6 weitere Personen erlitten schwere Brandwunden.

\* Im Hochofenbetrieb von Amueden (Holland) sind gestern 4 deutsche Arbeiter (Angestellte der Gute Hoffnungs-Hütte) bei Montagearbeiten von ausströmenden Gasen betäubt worden. Es wurden sofort Wiederbelebungsversuche angestellt, die jedoch nur bei zweien von Erfolg waren.

## Die deutschen Nordfriesen.

Wie man Minderheiten zu schaffen sucht.  
Von H. Norden.

Schleswig-Holstein hat, das ist jedem Deutschen geläufig, sein deutsch-dänisches Problem. Seit einiger Zeit haben die Dänen ein neues, das „friesische Problem“, dazu entdeckt. Das friesische Volk gliedert sich in mehrere Einzelsämme, die an der Küste und auf den Inseln der Nordsee sitzen. Die Niederländer sind zum Teil friesischer Abstammung, dann folgen nach Osten hin an der deutschen Nordküste die Ostfriesen und an der Westküste Schleswig-Holsteins in dem nördlichsten Teil und auf den Inseln vorgelagerten Inseln die Nordfriesen. Art und Sprache weisen die Friesen zu den Niederländern hin; beide sind stammesverwandt, und so ist es kein Wunder, daß sich beide nach und nach vollkommen auf einander einstellen. Viel größer ist die Kluft, die die Friesen von den nordischen Völkern trennt, so daß man, — was man in Dänemark jedenfalls sehr gern tun würde, wenn auch nur die Möglichkeit dazu bestände, — nicht behaupten kann, die Nordfriesen seien mit den Dänen verwandt. Dagegen besteht zwischen Friesen und den übrigen Bewohnern Schleswig-Holsteins kein wesentlicher Unterschied; die Eingliederung der Friesen in das niedersächsische Stammeswesen, fast könnte man sagen Verschmelzung, ist leider schon so weit gegangen, daß bei den Schleswig-Holsteinischen Friesen nur noch ein verhältnismäßig kleiner Teil, nach der Sprachstatistik von 1925 etwa 5800, das friesische Idiom als Umgangssprache betrachtet. Glücklicherweise sind jetzt Bestrebungen im Gange, die friesische Kultur zu erhalten, die Sprache vor dem Untergang zu bewahren und so vom Friesentum zu retten, was noch zu retten ist.

Das ist jedoch eine rein friesische Angelegenheit, um die sich bisher niemand, auch Dänemark nicht, gekümmert hat. Nachdem sich der Kampf um Nordfriesland in der letzten Zeit infolge der schweren Wirtschaftskrise, die ganz Dänemark, vor allem aber den abgetretenen Teil von Nordfriesland heimlich, zugespitzt hat, ist man aber von dänischer Seite in wohl überlegter Taktik bemüht, sich Bundesgenossen südlich der Grenze zu schaffen. Da ist man auf die Friesen verfallen. Das sogenannte Speidänentum der Abstammungszeit vor sechs Jahren hat sich inzwischen wieder verflüchtigt; die damaligen unzufriedenen und hungernden Deutschen, die sich mit Lebensmittelpaketen von den Dänen für deren Abstammungszwecke ködern ließen, haben sich langsam wieder auf ihr Deutschtum besonnen. Man kann nun nicht mehr mit großen Zahlen von Anhängern südlich der Grenze aufwarten, und so sucht man neue Bundesgenossen, um die Berechtigung des Raubes von Nordfriesland nachweisen zu können. Man stempelt deshalb die Friesen zur Minderheit.

Frägt sich nur, ob die Friesen sich das gefallen lassen. Der Träger dieses albernen Minderheitsgedankens ist der „Friesisch-Schleswiger Verein“, dessen Vorsitzender J. Oldsen-Lindholm ist. Dieser völlig im eiderdänischen Fahrwasser — die Parole: Schleswig-Holstein dänisch bis zur Eider — schwimmende Verein hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Nordfriesen beim Minderheitenkongreß in Genf eine Vertretung zu verschaffen. In diesem Sinne hat die „Kulturwehr“, die Zeitschrift des Verbandes der nationalen Minderheiten Deutschlands, eine Friesennummer herausgegeben, in der für diese Gedanken geworben wird; sie enthält u. a. eine Entschlüsselung, die das Programm des Friesisch-Schleswiger Vereins bringt und deshalb wichtig ist. Es lautet: „Zu der Frage der friesischen Minderheit steht der Friesisch-Schleswiger Verein nach wie vor auf dem Standpunkt, daß wir Nordfriesen als selbstständiger Volksstamm mit eigener Kultur und Sprache ein selbstverständliches Anrecht auf Anerkennung als Minderheit im deutschen Reichsgebiet und Vertretung auf dem Minderheitenkongreß haben. Wir verlangen als solche dieselben Rechte, die den Minderheiten in allen Kulturstaaten zuteil werden. Auf Grund der bisherigen Erfahrungen können wir uns nicht damit einverstanden erklären, daß die Pflege des friesischen Volkstums den preussischen Behörden überlassen bleibt, sondern sind der Überzeugung, daß im Interesse der Erhaltung und Förderung friesischer Kultur und Sprache die Anerkennung der Nordfriesen als nationale Minderheit unbedingt notwendig ist.“

## Schärfster Protest gegen die Mittelamerikapolitik Washingtons

### Amerikanische Truppenzusammenziehungen an der mexikanischen Grenze.

New York, 12. Januar. Laut Erklärung des Kriegsdepartements sind 15 000 Mann, besonders Kavallerie und Infanterie, an der mexikanischen Grenze zusammengezogen worden. Außerdem sind Sonders-Offiziere nach den Staaten Arizona und Texas entsandt worden. Beide Maßnahmen hängen jedoch nach der Erklärung des Kriegsdepartements nicht mit der mexikanischen Kriegsgefahr zusammen (?).

Vertrauliche Sitzung des amerikanischen Senatsausschusses.  
New York, 12. Januar. Die mit großer Spannung erwartete Sitzung des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten hat begonnen. Sie ist jedoch für vertraulich erklärt worden. Staatssekretär Kellogg nimmt an ihr teil.

Stürmische Debatte über die Mittelamerikapolitik der Vereinigten Staaten.  
New York, 12. Januar. Coolidge empfing heute vor der Ausschusssitzung die Parteiführer, vor allem die Führer der Opposition. In längerer Rede legte Coolidge nochmals die Regierungspolitik dar und teilte dabei mit, daß durch Dokumente, von denen eines die Unterschrift Calles trage, die mexikanische Hilfe für Sacasa einwandfrei erwiesen sei. Eine von Wheeler eingebrachte Resolution verlangt die sofortige Zurückziehung der Marinetruppen aus Nicaragua. Es ist aber kaum anzunehmen, daß diese Resolution, auch wenn sie angenommen werden sollte, durchgeführt werden wird. Nach Washingtoner Meldungen ist es Kellogg trotz dreistündiger Rede nicht gelungen, die Oppo-

sition umzustimmen. — Auch im Auswärtigen Ausschuss des Repräsentantenhauses kam es bei der Beratung der Mittelamerikapolitik zu äußerst scharfen Auseinandersetzungen. Der Abgeordnete Rumjere erwiderte auf einen Zwischenruf, ihm sei nichts bekannt, daß auch nur ein Amerikaner sein Leben verloren oder ein Stück amerikanisches Eigentum gefährdet sei. Amerika sollte sich glücklich preisen, wenn seine Schiffe nicht zum Kampfe gezwungen seien. Universitätsprofessor Abg. Latane, der als Autorität der Geschichte Südamerikas gilt, bezeichnet es als absurd, wenn Coolidge sein Vorgehen gegen Nicaragua mit dem Schutz der Kanalrechte entschuldige. Latein-Amerika würde durch die Washingtoner zur Bildung einer latein-amerikanischen Union veranlaßt.

Zu den Putzmeldungen aus Mexiko.  
Die argentinische Presse gegen Amerika.  
New York, 12. Januar. Die neuen Putzmeldungen aus Mexiko sollen ganz stark übertrieben sein und nur bezwecken, die Katholiken gegen Calles aufzubringen. — Wie amerikanische Zeitungen melden, ist die gesamte Presse Argentiniens höchst empört über das Vorgehen Americas in Nicaragua.

Die amerikanischen Waffenlieferungen an Diaz.  
Der Vertreter Sacasa in Mexiko erklärte laut einer mexikanischen Meldung der Associated Press, daß die Liberalen Nicaraguas Waffen aus New-Orleans erhielten, und zwar mit besonderer Erlaubnis des Staatsdepartements in Washington.

Boykott amerikanischer Waren gefordert!  
Der spanisch-mexikanische Ausschuss in Mexiko verlangte den Boykott amerikanischer Waren in Mexiko und Mittelamerika.

In Genf ist ferner eine Denkschrift mit 600 friesischen Unterschriften eingegangen, für die zwar Herr Oldsen die Verantwortung ablehnt, die aber doch im Sinne der obigen Entschlüsselung beim Minderheitenkongreß vorzulegen wurde. Auf welche Weise diese Unterschriften zustande gekommen sind, wird sich schwer feststellen lassen. Jedenfalls aber haben sie bei unbeteiligten Minderheitenvertretern den Eindruck erwecken müssen und auch erweckt, als ob tatsächlich der Wunsch bei den Friesen besteht, als Minderheit behandelt zu werden. Man braucht sich deshalb auch nicht zu wundern, daß in Genf eine Studienkommission ernannt wurde, die das „friesische Problem“ prüfen soll. Die Zusammenfassung dieser Studienkommission, die über die friesische Minderheit entscheiden soll, ist interessant. Sie besteht aus dem siebenbürgischen Abgeordneten für den rumänischen Reichstag, Rudolf Brandtsch aus Hermannsburg, dem italienischen Slowenen Prof. Dr. Wilfan aus Triest und dem Polen Dr. Jan Kaczmarek aus Charlottenburg, dem Vertreter der polnischen Minderheit in Deutschland. Aufgabe dieser Kommission ist es, auf einer Studienreise nach Nordfriesland zu unteruchen, ob die Nordfriesen eine Minderheit im Sinne des Völkerrechts sind.

Was die Herren feststellen werden, steht dahin und ist auch gleichgültig. Vielleicht werden sie auf die Reise nach Schleswig-Holstein verzichten, denn inzwischen hat man sich auf deutsch-friesischer Seite gerührt und ebenfalls Unterschriften zu einer Denkschrift für den europäischen Minderheitenkongreß in Genf gesammelt, die die ganze dänische Schwindelmache ablehnt. Diese Denkschrift, die „Wohlfühler Richtlinie“, die das kulturpolitische Programm des Nordfriesentums für die Zukunft darstellt und vom „Nordfriesischen Verein für Heimatkunde und Heimatliebe“ verfaßt ist, hat über 13 000 Unterschriften erhalten. Sie legt noch einmal die Wünsche der überwiegenden Mehrheit des friesischen Stammes dar und betont, daß es nicht im Sinne des Genfer Konzeßes liegen könne, eine vermeintliche Minderheit gegen ihren Willen nach Genf zu laden. Die Friesen erstreben keinen politischen Zusammenschluß, sie seien durch die Geschichte der letzten hundert Jahre stark mit ihrer engeren Heimat Schleswig-Holstein verbunden und seit Jahrhunderten mit der deutschen Kultur. Die Pflege der friesischen Sprache solle nicht eine politische internationale Angelegenheit sein, sondern die Friesen wollten selbst für Sprache und Art ihres Stammes sorgen. Weiter wird auseinandergesetzt, daß die nordfriesische Frage lediglich kultureller Natur ist, und das Programm vermehrter kultureller Fürsorge in Nordfriesland erörtert, als Gegenstück zu den dänisch-friesischen Forderungen in Genf. „Wir wollen“, so heißt es dann, „durch die Agitation von ein oder zwei Prozent nichtdeutscher Friesen nicht in Opposition zu Deutschland hineingezwungen werden. Wir lehnen es deshalb ab, als Minderheit betrachtet zu werden und zusammen mit den Dänen, Polen und Wenden in einen antideutschen Minderheiten-Verband zu kommen.“

Vielleicht werden sich die Herren vom Minderheitenkongreß in Genf damit zufrieden geben. Vielleicht aber werden sie doch ins Land der Friesen fahren und dann hoffentlich sich auch Herrn Oldsen und seine Anhänger näher ansehen. Wahrscheinlich wird ihnen dann ein Licht aufgehen. Wie wenig Anhänger Oldsen in seiner eigenen Heimat hat, dafür ein kurzes Beispiel: Als am 14. März 1920 die Abstimmung in der zweiten Zone stattfand, die einen überlegenen Sieg in der Nordmark für das Deutschtum brachte, da mußte der Dänenfreund Oldsen die für ihn tief betrübliche Erfahrung machen, daß in seinem Heimatort Lindholm von 749 Nordfriesen 730 für Deutschland und nur 19

für Dänemark stimmten. In dem Nachbarort Nebüll wurden für Deutschland 1302 und für Dänemark nur 49 Stimmen abgegeben und das ebenfalls Lindholm benachbarte Klanzbill brachte 153 Stimmen auf, aber keine einzige für Dänemark. Und das in einer Zeit, als statt Frieden, Arbeit und Brot, wie man dem deutschen Volk verheißen hatte, Hunger und Elend in Deutschland eingekehrt waren, als die Wogen der Revolution hoch gingen, als von dänischer Seite in gleichnerischer Freundschaft mit Speidäntpaketen gelockt wurde, und mancher, der des Elends im Vaterland müde war, den Lockungen folgte. Wie damals die Friesen ihrem angestammten Vaterlande die Treue hielten, so auch heute. Für separatistische Bestrebungen ist in Schleswig-Holstein kein Boden, und wenn wirklich die Genfer Studienkommission kommen sollte, dann wird sie, wenn sie loyalen Willens ist, die Erfahrung machen, daß für den Minderheitenbund bei den Nordfriesen nichts zu holen ist.

## Schmidt-Wodder über die deutsch-dänischen Beziehungen.

Kopenhagen, 12. Januar. Unter allgemeiner Aufmerksamkeit ergriff in der großen politischen Aussprache am Mittwoch nachmittags im Folketing der deutsche Abgeordnete Dr. Schmidt-Wodder das Wort, um die Einstellung der deutschen Bevölkerung Nordfrieslands zu dem Programm der neuen Regierung darzulegen. Er betonte, daß die Lösung der Wirtschaftskrise nur unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Zusammenhänge Dänemarks mit seinen Nachbarn möglich sei. Er beschäftigte sich dann mit dem Verhältnis zu Deutschland und kritisierte, daß man von dänischer Seite mehr notgedrungen als aus freier Initiative zu einer Zusammenarbeit mit Deutschland geneigt sei. Die dänische Presse spreche immer noch unfreundlich vom deutschen Volke und mache sich eine Rolle an, die ihr nicht zukomme. Das neue Deutschland denke nicht daran, sich aufzugeben oder sich im Rahmen des Versailler Friedens zurechtzufinden. Wolle man eine wirtschaftliche Verständigung mit Deutschland, so müsse man aufrichtig an die Verhandlungen herangehen. Er ging dann auf die Notlage Nordfrieslands ein, die mit der Durchschneidung unserer Verbindung zu Deutschland zusammenhänge. Die Nordfriesen hätten bei den schlechten wirtschaftlichen Erfahrungen die dringende Veranlassung, den wirtschaftlichen Anschluß an Deutschland zu fordern.

Lateinamerika und die Intervention in Nicaragua.  
Buenos Aires. „La Nacion“ erklärt, die Presse Mittel- und Südamerikas betrachte die Politik der Vereinigten Staaten in Nicaragua mit Mißtrauen. Das Blatt veröffentlicht eine Meldung aus Santiago, wonach in der chilenischen Abgeordnetenkammer ein Antrag auf Anerkennung des Grundgesetzes „Lateinamerika den Lateinamerikafaktoren“ eingebracht worden ist.